

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen



Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 29 / November 2009

ISSN 1439-2011

Europa zivil!

Chancen und Möglichkeiten Ziviler Konfliktbearbeitung
in der Europäischen Union

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden, Germany
Tel.: +49 571 29456
Fax: +49 571 23019
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden-Lübbecke
BLZ 490 501 01
Konto 89 420 814
IBAN DE73 490501010089 420814
Swift-Code WELADED1MIN

Der BSV ist Mitglied dieser Organisationen:
European Network for Civil Peace Services
Forum Crisis Prevention
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Vorwort

Zivile Konfliktbearbeitung ist ein Thema für die Europäische Union. Dieses Hintergrund- und Diskussionspapier ist in der Auswertung der Veranstaltungsreihe „Europa zivil!“ entstanden, die der BSV 2009 mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union durchgeführt hat. Die Broschüre beginnt mit einem Bericht der dabei gemachten Erfahrungen.

In einer historischen Analyse stellt Marek Voigt, Koordinator der Veranstaltungsreihe, die Herausbildung der EU als Zivilmacht, die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Friedensorganisationen dar.

Weitere Texte beschäftigen sich mit verschiedenen Facetten europapolitischer Friedensarbeit.

Die BSV-Vorsitzende Ute Finckh geht in ihrem Text, der die erweiterte schriftliche Fassung ihres Vortrags auf der Münchner Veranstaltung ist, auf die Zivile Konfliktbearbeitung und ihre Verankerung auf deutscher und europäischer Ebene ein.

In einem weiteren Text stellt Ute Finckh die wichtigsten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen, die sich mit Ziviler Konfliktbearbeitung beschäftigen, dar.

Anschließend dokumentiert ein Papier die friedenspolitischen Forderungen, die von über 100 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus verschiedenen europäischen Ländern getragen werden. Es ist Grundlage der Kampagne „Europe, vote for Peace!“, welche die Europawahlen 2009 zum Anlass genommen hat, für dieses wichtige Thema Unterstützung zu organisieren.

Im letzten Abschnitt dieser Broschüre werden einige wichtige zivilgesellschaftliche Organisationen vorgestellt, die sich auf der europäischen Ebene für den Ausbau der Zivilen Konfliktbearbeitung einsetzen.

Impressum

Diese Broschüre erscheint im Rahmen des Projekts „Europa zivil!“. Das Projekt wird durch Mittel der Europäischen Union gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt trägt allein der Veranstalter. Die vorgetragenen Meinungen sind nicht notwendigerweise die der Europäischen Kommission.

Redaktion, Gestaltung und ViSdP.: Marek Voigt

Herausgeber und Bezugsadresse:

Bund für Soziale Verteidigung

Schwarzer Weg 8

32423 Minden

Tel. 0571/29456 | Fax 0571/23019

www.soziale-verteidigung.de | info@soziale-verteidigung.de

ISSN: 1439-2011

Minden, November 2009

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Impressum	2
Inhaltsverzeichnis	3
Europa zivil!	4
<i>Marek Voigt</i> Quo vadis Zivilmacht Europa?	6
<i>Ute Finckh</i> Zivile Konfliktbearbeitung am Beispiel Kenia	13
<i>Ute Finckh</i> Zivile Konfliktbearbeitung: Staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen auf deutscher und auf EU-Ebene	17
Friedenspolitische Forderungen der Zivilgesellschaft	20
Europäische Friedensorganisationen	22

Europa zivil!

Eines der Kernthemen des europäischen Einigungsprozesses, wenn nicht sogar der Motor, ist die Frage nach Krieg und Frieden. Schon der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) nannte 1952 den Weltfrieden als Ausgangspunkt der europäischen Einigungsbemühungen. Der Lissabon-Vertrag greift fast sechs Jahrzehnte später diesen Gedanken auf, wenn er als Ziel der Union festhält, „den Frieden zu fördern“ (Art. 3, Abs. 1 des EU-Vertrags in der durch den Lissabonner Vertrag geänderten Fassung).

Trotz dieser programmatischen Verpflichtung ist festzustellen, dass die Ergebnisse in diesem Bereich unbefriedigend sind. Nach innen stellt sich der europäische Einigungsprozess tatsächlich als Friedensprojekt dar. Seit dem Beginn der EG hat es zwischen deren Mitgliedstaaten und später den Mitgliedstaaten der EU keinen Krieg gegeben. Doch nach außen zeigt sich ein anderes Bild. Es sind nicht mehr nur die einzelnen Mitgliedsstaaten, die ihr Militär einsetzen, zunehmend ist es auch die EU selbst, die auf Soldaten setzt, anstatt ihr ziviles Potenzial zu nutzen. So sieht der aktuelle EU-Vertrag z. B. in Artikel 42, Abs. 3 eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten vor, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Eine neue „Europäische Verteidigungsagentur“ soll diese Aufrüstung überwachen. Organisationen der Zivilgesellschaft warnen bereits seit langem, dass diese Bestimmungen eine gefährliche Akzentverschiebung vom Zivilen hin zum Militärischen bedeuten. Die Stärken, die die EU gerade im zivilen Bereich hat, könnten so leichtfertig einer an Großmachtideen orientierten Militärpolitik geopfert werden.

Vor dem Hintergrund dieser Debatte hat der Bund für Soziale Verteidigung gemeinsam mit einer ganzen Reihe von lokalen Partnern Veranstaltungen zum Thema „Europa zivil!“ durchgeführt. Auf den Veranstaltungen, bei denen Bürgerinnen und Bürger Europaabgeordnete und Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien zu den im Juni stattgefundenen Wahlen zum europäischen Parlament befragt haben, wurde der Schwerpunkt vor allem auf das zivile Profil der EU gesetzt. Es ging um die Fähigkeiten, die die EU im Bereich der Zivilen Konfliktbearbeitung schon hat, um zivile Alternativen, die noch geschaffen werden müssten und darum, welche Perspektiven durch den Lissabon-Vertrag eröffnet werden.

In verschiedenen Orten in der Bundesrepublik haben Bürgerinnen und Bürger darüber diskutiert, welche Vorstellungen sie von einem zivilen Europa haben. Dabei gab es ganz unterschiedliche Anliegen, die eine Rolle spielten. Bei der Veranstaltung in Siegen wurde vor allem von der Kritik an einigen Regelungen des Lissabonner Vertrags, die die lokale Vorbereitungsgruppe beschäftigten, ausgegangen. In Wustrow spielte die Situation in Afghanistan eine wichtige Rolle, und die Frage, wie die EU sich dort einbringen könnte, um einen Ausweg aus dem Krieg zu finden. In München wurde intensiv über die Frage diskutiert, ob etwa der deutsche Zivile Friedensdienst oder der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung Vorbild für ähnliche Programme auf der EU-Ebene sein könnten.

An den Diskussionen nahmen jeweils Abgeordnete des Europaparlaments oder Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien für die Europawahlen teil. Das Europaparlament hat immer noch deutlich weniger Kompetenzen als nationale Parlamente, trotz der Verbesserungen, die der Lissabon-Vertrag in dieser Frage bringt. Aber es ist das EU-Gremium, das für die Bürgerinnen und Bürger am ehesten zugänglich ist. Auf-

fällig in unserem Projekt war, dass Europaabgeordnete und selbst Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf für die interessierte Öffentlichkeit nur schwer zu erreichen sind. In einigen Orten mussten geplante Veranstaltungen deshalb ausfallen, weil es trotz intensiver Bemühungen nicht möglich war, VertreterInnen der im EU-Parlament wichtigen Parteien zur Teilnahme zu bewegen. Das ist nicht nur für die lokalen Gruppen ärgerlich, sondern es ist auch nicht geeignet, die Vorbehalte, die es in der Bevölkerung gegenüber „denen in Brüssel“ gibt, zu entkräften. Dennoch hat die Veranstaltungsreihe nach unserer Auffassung dazu beigetragen, die Möglichkeiten, die Politik auf der europäischen Ebene bietet, aufzuzeigen, und die Ansätze für eine zivile europäische Außenpolitik bekannter zu machen. Besonders die in dieser Broschüre dokumentierten Forderungen der Zivilgesellschaft wurden von den anwesenden Europapolitikern interessiert zur Kenntnis genommen und mit dem Publikum intensiv diskutiert.

Die Lobbyarbeit der Friedensbewegung auf europäischer Ebene trägt erste Früchte. So könnte in wenigen Jahren ein EU-weiter Ziviler Friedensdienst (ZFD) eingeführt werden. Das wäre ein großer Erfolg für die vom deutschen Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) und der Nonviolent Peaceforce angestoßene Kampagne „Europe, vote for peace“. Die Kampagne setzt sich für die Einrichtung eines Europäischen Zivilen Friedensdienstes (ähnlich dem in Deutschland) ein sowie für die Bildung eines Peacebuilding-Direktorats innerhalb der EU-Kommission, das die bisher verstreut über verschiedene Ressorts stattfindenden Aktivitäten für Zivile Konfliktbearbeitung bündeln und institutionell stärken soll. An ihr beteiligen sich inzwischen über 100 Organisationen aus fast allen Ländern Europas, auch der BSV.

Im Rahmen der Kampagne wurden Kandidatinnen und Kandidaten zum Europaparlament angesprochen, sich für eine Stärkung des zivilen Profils der EU einzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war eine Veranstaltung am 14. Oktober 2009 in Brüssel, bei der 40 VertreterInnen europäischer Friedensgruppen im Europaparlament ihre Forderungen vorstellten. Ein großer Erfolg war die Anwesenheit wichtiger Europaparlamentarier. Neben der rumänischen Sozialdemokratin Corina Cretu, die durch ihre Einladung die Veranstaltung ermöglicht hatte, gaben die österreichische Grünenpolitikerin Ulrike Lunacek und der langjährige Fraktionschef der Liberalen, der Brite Graham Watson, auf dem Podium Statements zu den Vorschlägen ab sowie – als prominentester Parlamentarier – Elmar Brok, der als Chef der Konservativen die stärkste Fraktion im Parlament führt. Vor allem kommt es nun darauf an, dass der Friedensdienst im nächsten Finanzrahmenplan der EU für die Jahre 2014 bis 2019 berücksichtigt wird. Die Lobbyarbeit für ein ziviles Europa muss also in jedem Fall weitergehen.

Quo vadis Zivilmacht Europa?

Marek Voigt

Aus der Friedensperspektive betrachtet stellt sich die Europäische Union als ein ambivalentes Projekt dar. Einerseits ist ihr von Anfang an eine Verpflichtung auf Frieden und gewaltfreie Konfliktaustragung eingeschrieben. Von der EU wurde und wird gesagt, dass sie vor allem durch ihre ökonomische Macht Einfluss nimmt. Die EU kann den Erfolg vorweisen, dass es seit ihrer Gründung zwischen ihren Mitgliedsstaaten keine Kriege gegeben hat. Diese Tradition bietet einen Anknüpfungspunkt für die Friedensbewegung, wenn sie für den Ausbau Ziviler Konfliktbearbeitung streitet. Andererseits verhält sich die EU nach außen ganz anders: Die EU schottet sich gegenüber den – durch ihre Mitgliedsstaaten mit verursachten – Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung ab. Viele ihrer Mitglieder beteiligen sich an Kriegen, inzwischen sogar unter EU-Kommando. Darin zeigt sich, dass die EU das Mittel des Krieges nicht aufgegeben hat. Der inzwischen mit dem europäischen Integrationsprozess einhergehende Ausbau militärischer Fähigkeiten lässt befürchten, dass die weitere Entwicklung in diese falsche Richtung geht.

Die Friedensbewegung muss sich europapolitisch also in einem widersprüchlichen Feld bewegen. Das erfordert scharfe Kritik an bestimmten Projekten, aber andererseits auch eine Politik ohne Scheuklappen, die sich bietende Chancen nutzt.

Die EU als Zivilmacht

In einem 1973 von den neun Außenministern der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft verfassten „Dokument über die europäische Identität“¹ wurde das Zivilmachtkonzept zum normativen Leitbild des europäischen Einigungsprozesses erklärt. Die europäische Einigung ist danach „gegen niemanden gerichtet und entspringt auch keinerlei Machtstreben. Die Neun sind vielmehr überzeugt, dass ihr Zusammenschluss der gesamten Völkergemeinschaft nützt, weil er ein Element des Gleichgewichts und ein Pol der Zusammenarbeit mit allen Nationen ungeachtet ihrer Größe, ihrer Kultur und ihres Gesellschaftssystems ist. Sie wollen in der Weltpolitik eine aktive Rolle spielen und so unter Achtung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen dazu beitragen, dass die internationalen Beziehungen sich auf mehr Gerechtigkeit gründen, dass Unabhängigkeit und Gleichheit der Staaten besser gewahrt, der Wohlstand besser verteilt und die Sicherheit jedes einzelnen besser gewährleistet werden.“

Dieses klare Bekenntnis zu den Werten einer Zivilmacht ist keine Ausnahme, es zieht sich wie ein roter Faden durch die außenpolitischen Erklärungen von EG und EU. Knapp dreißig Jahre später, im Dezember 2001, erklärte der Europäische Rat, Europa solle eine Macht sein, „die jeder Form von Gewalt, Terror und Fanatismus entschlossen den Kampf ansagt, die aber auch ihre Augen nicht vor dem schreienden Unrecht in der Welt verschließt.“ Demnach strebt die EU eine gerechte Weltordnung an, die „nicht nur für die reichen, sondern auch für die ärmsten Länder von Vorteil“ ist. Bei der Gestaltung der Globalisierung legt

1 http://www.ena.lu/dokument_europaische_identitat_kopenhagen_14_dezember_1973-3-6180 (1.11.2009)

sich der Europäische Rat nicht nur auf „nachhaltige Entwicklung“, sondern auch auf eine weltweit verstandene „Solidarität“ fest.²

Selbst in der Europäischen Sicherheitsstrategie und im Lissabon-Vertrag, die gerade aus friedenspolitischer Sicht umstritten sind, lässt sich diese Ausrichtung wiederfinden. Die 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ (ESS)³ legt die EU auf einen „wirksamen Multilateralismus“ und die Stärkung der Vereinten Nationen fest.

Und der neue EU-Vertrag nennt die Förderung des Friedens als Ziel der EU. Später wird diese Verpflichtung noch konkretisiert. „[Die EU] leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und rechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.“⁴ Europäische Friedensorganisationen kritisieren, dass die konkreten Bestimmungen, die die Politik der EU formen, teilweise zu dieser Selbstverpflichtung im Widerspruch stehen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass sich die EU hier die zentralen Herausforderungen und ethischen Richtlinien der Weltpolitik zu eigen macht und daran gemessen werden kann.

Die Definition der EG/EU als Zivilmacht geht auf François Duchêne zurück. In einem 1973 erschienenen Artikel⁵ entwickelte der Europawissenschaftler das Konzept einer „Zivilmacht Europa“ vor dem Hintergrund der Ost-West-Konfrontation. Das Wesen der Europäischen Gemeinschaft ist nach Duchênes Auffassung „vor allem durch den zivilen Charakter von Mitteln und Zwecken“ und einen Sinn für gemeinsames Vorgehen charakterisiert. Schon in diesem gemeinsamen Vorgehen kämen soziale Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Achtung des anderen zum Ausdruck. Er wirbt in seinem breit rezipierten Grundsatzartikel darum, dass die EG einen Beitrag „zum politischen Frieden und damit zu einer zivilen Wertordnung“ leisten und zu einem „Kraftzentrum zur weltweiten Verbreitung staatsbürgerlicher und demokratischer Normen“ werden solle.

Die europäische Einigung als ambivalentes Friedensprojekt

Der europäische Einigungsprozess resultiert aus den Erfahrungen der beiden Weltkriege, daher ist die Geschichte der Europäischen Union schon immer mit der Frage nach Krieg und Frieden verknüpft gewesen. Ein herausragendes Ziel der Einigungsbestrebungen war es, durch internationale Absprachen und Einbindungen die Gefahr innereuropäischer Kriege zu verringern. Das Zivilmachtkonzept greift diese Tendenz auf.

2 Europäischer Rat (Laeken, 14./15. Dezember 2001), Schlussfolgerungen des Vorsitizes, Anlage I, Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union, S. 20,
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/68829.pdf (1.11.2009)

3 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIIDE.pdf>

4 Der Lissabonner Vertrag wird hier nach der „konsolidierten“ Fassung zitiert, also der, die die Änderungen in den bisher gültigen Vertragstext einarbeitet. Die Kommission hat ihn hier veröffentlicht:

<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/st06655-re01.de08.pdf>. Die zitierten Stellen finden sich auf Seite 3. (1.11.2009)

5 François Duchêne: „Die Rolle Europas im Weltsystem: Von der regionalen zur planetarischen Interdependenz“ in: Max Kohnstamm, Wolfgang Hager (Hg.): „Zivilmacht Europa – Supermacht oder Partner?“, Frankfurt a. M. 1973, S. 11-35.

Der erste Schritt zur europäischen Einigung war der 1952 in Kraft getretene Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Gemeinsam mit den Römischen Verträgen von 1957, von denen einer die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der andere die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) vorsah, waren damit Kohle, Stahl und Kernenergie, nicht zufällig die für einen zukünftigen Krieg entscheidenden Industriezweige, in ein System gemeinsamer Entscheidungsfindung eingebunden. Mit diesen grundlegenden Verträgen wurden also nicht nur wirtschaftliche, sondern auch sicherheitspolitische Ziele verfolgt.

Durch die Bereitschaft zur Integration, also zur Übertragung wichtiger Teile ihrer staatlichen Souveränität, konnten die Mitgliedstaaten der EG/EU Sicherheit voneinander erlangen. Deshalb ist vom EGKS-Vertrag, wenn auch ein bisschen zugespitzt, gesagt worden, er stelle „im Kern einen innereuropäischen Friedensvertrag“⁶ dar.

Der Anspruch der Gründergeneration, Frieden zu schaffen, ging jedoch weit über die Friedensstiftung nach innen hinaus, er umfasste die ganze Welt. Dies bestätigt zum Beispiel die Einleitung des EGKS-Vertrags, die diese Idee besonders betont. Der Vertrag werde geschlossen, heißt es dort, „in der Erwägung, dass der Weltfriede nur durch schöpferische, den drohenden Gefahren angemessene Anstrengungen gesichert werden kann, in der Überzeugung, dass der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen unerlässlich ist, [...] in dem Bemühen, durch die Ausweitung ihrer Grundproduktionen zur Hebung des Lebensstandards und zum Fortschritt der Werke des Friedens beizutragen“.⁷

Die friedenspolitische Tradition der EU scheint auch in der aktuellen EU-Politik auf. Hier sind vor allem zwei Beispiele zu nennen: die zivilen Missionen der EU sowie das Stabilitätsinstrument und hier insbesondere die Partnerschaft für den Frieden (Peacebuilding Partnership).

Im Rahmen der zivilen Peacebuilding-Missionen, z. B. der Europäischen Polizeimission EUPM in Bosnien und Herzegowina (seit 2003), der Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo (EULEX Kosovo, seit 2008) und der Aceh Monitoring Mission (AMM, 2005-2006) zeigt sich die EU als ein Akteur, der mit nicht-militärischen Mitteln in internationale Konflikte eingreift. Allerdings ist festzustellen, dass diese zivilen Einsätze zwar zahlreicher sind als die militärischen, sie aber mit sehr viel weniger Personal (und Ressourcen) ausgestattet sind als die militärischen. Außerdem ist eine klare Trennung zwischen zivilen und militärischen Missionen nicht überall gegeben. Zugleich besteht die Gefahr, dass die EU als Deckmantel der machtstaatlichen Aktivitäten ihrer Mitgliedsstaaten dient. Gerade beim EU-Engagement auf dem westlichen Balkan übernimmt die EU als multilateraler, weniger militärischer Akteur die Nachbereitung dessen, was die hochgerüsteten EU-Mitglieder einzeln oder im NATO-Verbund angerichtet haben. So kann leicht der Eindruck entstehen, dass die EU-Staaten ihre Interessen militärisch durchsetzen und der EU die Rolle zukommt, die Ergebnisse dessen „multilateral“ und „zivil“ abzusichern. Eine solche „Arbeitsteilung“ hätte mit ziviler Politik natürlich nichts zu tun und würde die Instrumente Ziviler Konfliktbearbeitung delegitimieren, anstatt sie zu stärken.

6 Wilfried Loth: „Der Weg nach Europa: Geschichte der europäischen Integration“, Göttingen 1991, S. 137.

7 http://www.ena.lu/vertrag_grundung_europaischen_gemeinschaft_kohle_stahl_paris_18_april_1951-3-16303 (1.11.2009)

2007 wurde das „Stabilitätsinstrument“ eingeführt. Es soll die Fähigkeit der EU, auf Krisen in Drittländern zu reagieren, verbessern und längerfristig Kapazitäten aufbauen, um globalen Gefahren begegnen zu können. Mit kurzfristigen Maßnahmen soll bei politischen Krisen oder Naturkatastrophen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass danach die längerfristigen EU-Außenhilfelinstrumente angewendet werden können. Das umfasst beispielsweise vertrauensbildende Maßnahmen, die Entwicklung demokratischer Staatsorgane, den Wiederaufbau von Infrastruktur, den Aufbau von Rechtsstaatlichkeit, die Förderung der Menschenrechte, Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von ehemaligen Soldaten ("DDR"), Hilfe für Minenopfer und Minenräumung.

Neben diesen kurzfristigen Maßnahmen hat das Stabilitätsinstrument auch zum Ziel, langfristig Kapazitäten aufzubauen, um allgemeinen Bedrohungen für Stabilität und Sicherheit begegnen zu können und um auf Situationen vor und nach Krisen vorbereitet zu sein. Schwerpunkte sind hier die Unterstützung von Maßnahmen gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von ABC-Waffen und der Aufbau von Krisenpräventions- und Krisennachsorge-Kapazitäten.

Aus dem Stabilitätsinstrument können neben verschiedenen staatlichen Akteuren (EU, Mitgliedsstaaten) auch die UN, Regional- und andere multilaterale Organisationen, aber auch Unternehmen und Organisationen der Zivilgesellschaft gefördert werden.

Die Peacebuilding Partnership steht in enger Beziehung zum Stabilitätsinstrument. Sie soll die Kapazitäten und damit Handlungsfähigkeit nicht-staatlicher Akteure fördern und den Austausch zwischen nichtstaatlichen Akteuren, internationalen Organisationen und EU-Institutionen verbessern. Ihre Einrichtung drückt aus, dass die Kommission die Expertise zivilgesellschaftlicher Organisationen im Bereich Zivile Konfliktbearbeitung anerkennt.

Gegentendenzen

Natürlich ist die EU kein mustergültiges Friedensprojekt. Schon die Gründergeneration hat die europäische Einigung nicht nur als Weltfriedensprojekt verstanden. Tatsächlich war die europäische Einigung ein vor allem vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs zu verstehender Kompromiss ambivalenter Positionen. Denn gleichzeitig gab es auch Ambitionen, Westeuropa als ökonomisch und militärisch potenten Block zu etablieren. Diese drückten sich am deutlichsten in einer Reihe von Koordinierungsmaßnahmen im militärischen Bereich aus.

Der Ost-West-Konflikt, der Europa spaltete, führte schon zu Beginn der 50er Jahre zu militärischen Bündnisbestrebungen in Westeuropa (Brüsseler Vertrag, Westeuropäische Union, Europäische Verteidigungsgemeinschaft). Diese Versuche wurden aber bald zugunsten der NATO zurückgestellt. Erst mit dem Vertrag von Maastricht (1993) wurden sie wieder aufgegriffen und das bis dahin gegenüber der NATO bedeutungslose Militärbündnis Westeuropäische Union zum militärischen Arm der EU fortentwickelt. Mit dem Amsterdamer Vertrag (1999) werden „humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhal-

tende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“ in den EU-Vertrag aufgenommen.⁸

Auf dem Europäischen Rat in Köln am 3./4. Juni 1999, kurz vor dem Ende der Angriffe auf Jugoslawien, erlebte dann die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ihre „Geburtsstunde“. Der Gipfel beschloss die Entwicklung „militärischer Fähigkeiten“ der EU für (militärisch verstandene) Krisenmanagementeinsätze. Auf der darauf folgenden Ratssitzung in Helsinki im Dezember 1999 wurde die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe beschlossen. Danach sollte die EU künftig innerhalb von 60 Tagen Streitkräfte im Umfang von 50.000 bis 60.000 Personen bereitstellen können. Diese sollten auch zu Kampfeinsätzen in der Lage sein und mindestens ein Jahr lang im Einsatz gehalten werden können.

Um die zivilen Kriseninterventionsmöglichkeiten machte man sich erst später Gedanken. Erst bei den Europäischen Räten in Feira (Juni 2000) und Göteborg (Juni 2001) wurden Planziele für das zivile Krisenmanagement definiert.

Auf dem Weg zur Militarisierung?

Seit dem Vertrag von Nizza verfügt die EU auch über eigenständige Strukturen, um unabhängig von der NATO eigene Einsätze durchführen zu können. Diese Strukturen wurden mit der Militäroperation Artemis in der Demokratischen Republik Kongo im Juni bis September 2003 getestet. Dieser Weg wird seitdem konsequent verfolgt. Allein an den derzeitigen Militäreinsätzen Althea (in Bosnien-Herzegowina) und Atalanta (vor dem Horn von Afrika)⁹ sind mehr als 3700 Soldaten beteiligt. Die vergangenen Militäreinsätze wie Concordia (Mazedonien), EUFOR Tschad/RCA, Artemis und EUFOR RD Congo umfassten jeweils zwischen 400 und 3700 Soldaten.

Diese neuen militärischen Fähigkeiten zeigen sich nun auch im Selbstbild der Europäischen Union, wie es von den offiziellen Dokumenten gezeichnet wird. Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) nennt fünf Hauptbedrohungen für die Sicherheit Europas, unterscheidet dabei aber nicht zwischen zivilen und militärischen Bedrohungen: internationaler Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, das Scheitern von Staaten und die organisierte Kriminalität. Sie geht davon aus, dass „größere Angriffe gegen Mitgliedstaaten [...] nunmehr unwahrscheinlich geworden“ sind. Anstatt diese Erkenntnis friedenspolitisch zu interpretieren und daraus die Notwendigkeit der Abrüstung der militärischen Potentiale in Europa abzuleiten, wird dann aber nach neuen Aufgaben für die europäischen Armeen gesucht und völkerrechtswidrig das Einsatzgebiet der europäischen Streitkräfte über die Grenzen der EU hinaus verlagert: „Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen“, heißt es in der ESS. Das Bekenntnis zu einem „wirksamen Multilateralismus“, zur „Stärkung der Vereinten Nationen“ und zur „Wahrung und Weiterentwicklung des Völkerrechts“ stehen also in klarem Widerspruch zu den konkretisierenden Passagen des Papiers.

⁸ Vertrag über die Europäische Union, Art. 17, Absatz 2, in der Fassung von 1999.

⁹ Zur Kritik an diesem Einsatz: Wolfgang Heinrich, Somalia, Piraten und das militarisierte Denken, in: Soziale Verteidigung, Ausgabe 1/2009, S. 4-5, auch online unter: http://www.soziale-verteidigung.de/images/Dokumente/Rundbriefe/rundbrief2009_1web.pdf.

Auch der Lissabonner Vertrag ist friedenspolitisch uneindeutig. Die schon erwähnten friedenspolitischen Passagen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Bedeutung im Vergleich zur Einleitung des EGKS-Vertrags viel geringer ist. Die genaueren Regelungen in den Abschnitten zu GASP und GSVP¹⁰ stehen sogar im klaren Widerspruch zu den Zielbestimmungen. Vor allem die Regelungen zur Europäischen Verteidigungsagentur sind besorgniserregend, insbesondere die Bestimmung, nach der sich die Mitgliedsstaaten verpflichten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. (Artikel 42, Absatz 3)

Der aktuelle Stand der EU-Integration im militärpolitischen Bereich ist also gekennzeichnet durch eine eigene globalpolitische Strategie (die Europäische Sicherheitsstrategie), die den Einsatz europäischer Truppen außerhalb des EU-Gebiets vorsieht, und eine ganze Reihe von EU-Militäreinsätzen. Einer Zivilmacht stünde es jedoch gut an, den Einsatz militärischer Mittel genau zu begrenzen und nicht durch eine gleichberechtigte Definition mit zivilen Mitteln zu verwischen. Wenn man sich die geringen Ressourcen anschaut, die die EU für den zivilen Bereich der ESVP bereitstellt, wird noch deutlicher, dass der Fokus der EU auf militärischer Krisenreaktion und nicht auf ziviler Konfliktbearbeitung liegt. Fast sechs Jahrzehnte nach dem EGKS-Vertrag ist festzustellen: Das Gesicht der EU hat sich verändert. Dass die Europäische Union sich eine eigene Agentur leistet, die die mit Verfassungsrang ausgestattete Aufrüstungsverpflichtung der Mitgliedsstaaten überwachen soll, zeigt ganz klar, dass dieser Weg weiter beschritten werden soll und lässt befürchten, dass die friedenspolitischen Zielbestimmungen nur Schönwetterrhetorik sind.

Ausblick

Nach innen hat die EU unzweifelhaft einen Beitrag zur Zivilisierung der internationalen Beziehungen geleistet. Doch wie sieht es im Außenverhältnis der Union aus? Zwar gibt es ein Bekenntnis zu einem wirkungsvollen Multilateralismus, zur Stärkung der Vereinten Nationen und zur Wahrung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, gleichzeitig jedoch auch widersprüchliche Tendenzen, was die eigene Unterwerfung unter diese Regeln betrifft. Und im besonders wichtigen Bereich der Außenwirtschaftspolitik trägt die EU wenig zu einer ausgewogeneren Verteilung des internationalen Wohlstands bei, die potenziellen Ressourcenkonflikten vorbeugen könnte. Die Energieabhängigkeit Europas, die laut der Europäischen Sicherheitsstrategie „Anlass zur Besorgnis“ gibt, wird dort in der für die aktuellen EU-Dokumente typischen Vermischung von zivilen und militärischen Mitteln thematisiert.

Zwar legt die Union ein großes Gewicht auf nichtmilitärische Kriseninterventionsinstrumente und ein breites Bündel an ökonomischen und politischen Steuerungsinstrumenten, die zivilen EU-Missionen und der Stabilitätspakt sind deutlicher Ausdruck dessen. Andererseits hält sich die Union die Möglichkeit zum Einsatz militärischer Mittel für eine Reihe von Konflikten offen. Vor allem drängt sich angesichts der Vielzahl an EU-Militärmissionen die Frage nach dem zurückhaltenden Umgang mit dem Militär auf. Bisher gibt es eine stetige Tendenz der Ausweitung der EU-Militäreinsätze. Begrenzend scheinen hier eher die mangelnden Ressourcen und Strukturen zu wirken als der Wille, Konflikte gewaltfrei zu lösen.

Die Europäische Union hat sich in den letzten Jahren also deutlich vom Maßstab einer Zivilmacht entfernt.

¹⁰ Der Lissabonner Vertrag benennt die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) um.

Diese Politik der EU ist nicht alternativlos. Die Europäische Union sollte sich einer Politik verpflichten, die dem Anspruch, Frieden und Entwicklung zu fördern, besser gerecht wird und die sich das Ziel setzt, internationale Konflikte nicht durch militärische Mittel, sondern durch Zivile Konfliktbearbeitung zu lösen.

Für die Friedensbewegung könnte vor allem das friedliche Bild, das die EU von sich selbst zeichnet, ein Anknüpfungspunkt sein. Doch dieses Selbstverständnis wird bisher noch nicht in ausreichendem Maße als Hebel für eine europäische Friedenspolitik genutzt. Ein solches Selbstbild kann seine Wirkung auch hinter dem Rücken der Akteure entfalten. Dazu kann die Friedensbewegung beitragen, wenn sie sich auf die Selbstverpflichtungen der EU als uneingelöstes Versprechen beruft. Das zivile Bewusstsein der EU-Bevölkerung, dass sich gerade auch in Abgrenzung zum militärgestützten US-amerikanischen Unilateralismus herausgebildet hat und die europäische Identität prägt, sind weitere wichtige Stützen. Und nicht zuletzt bietet auch die Tatsache, dass die militärischen Fähigkeiten sich bisher erst im Aufbau befinden, eine Möglichkeit, Alternativen in den Vordergrund zu stellen.

Gerade im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ist die demokratische Kontrolle völlig unterentwickelt.¹¹ Hier eine stärkere Rolle des europäischen Parlaments einzufordern, würde eine öffentliche Erörterung dieser Themen fördern.

Die friedenspolitische Gründungsmotivation der EU ist ein starkes Argument gegen die derzeitigen Militarisierungsschritte und für den Ausbau einer zivilen EU. Für eine politische Wirksamkeit bedarf es aber einer europäischen Friedensbewegung, die sich erst noch herausbilden muss.

11 Vgl. hierzu auch den Vortrag „Friedenspolitik der EU: Nationale versus europäische, zivile versus militärische Strategien“ von Herbert Wulf bei einer Veranstaltung des Förderprojekts zivik am 9.11.2009, http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/zivik/20091109_Impuls_WULF.pdf

Zivile Konfliktbearbeitung am Beispiel Kenia

Ute Finckh

Der BSV hat ein doppeltes Motto: Konflikte gewaltfrei austragen – Rüstung und Militär abschaffen. Die heutige Veranstaltung konzentriert sich auf den ersten Teil dieses Mottos.

Wohl alle hier Versammelten sind sich der Tatsache bewusst, dass Krieg und Gewalt vielfältige ökonomische, politische, gesellschaftliche Ursachen haben. Diese zu untersuchen und zu kritisieren ist ein wichtiges Anliegen der Friedensbewegung. Trotzdem soll heute Abend nicht das große Ganze, sondern ein Einzelaspekt von Friedenspolitik betrachtet werden: Die Frage, welche konkreten, praktischen Ansätze auf dem Weg zu einer friedlicheren Welt bereits heute möglich sind.

Frieden soll in diesem Kontext nicht als Abwesenheit von Krieg definiert werden, sondern als ein kontinuierlicher Prozess zur gleichzeitigen Verminderung von Not, Gewalt und Unfreiheit. Das Dreieck physische Sicherheit (Minimierung von Gewalt) – Gerechtigkeit (Minimierung von Unfreiheit) – Erfüllung der Grundbedürfnisse (Minimierung von Not) ist der Kern jedes Friedensprozesses. In gewaltsam eskalierten Konflikten sind alle drei Bereiche gefährdet bzw. nicht mehr sichergestellt. Ein erfolgreicher Friedensprozess setzt voraus, dass alle drei Ecken des Dreiecks gleichermaßen berücksichtigt werden. Er muss zusätzlich berücksichtigen, dass Friedensprozesse von Außenstehenden höchstens unterstützt, nicht erzwungen werden können und dass die Einbeziehung aller vom Konflikt Betroffenen eine notwendige Voraussetzung für mittel- und langfristige Erfolge ist.

Militärisches Eingreifen führt zwangsläufig zur einseitigen Konzentration auf den Aspekt „physische Sicherheit“ und auf die Konfliktbeteiligten, die ihre Ziele mit Gewalt verfolgen.

Aber auch ziviles Eingreifen kann, das wissen wir spätestens seit dem Erscheinen des Buches „tödliche Hilfe“ von Brigitte Erler im Jahr 1985, eine Menge Schaden anrichten¹.

Thema des heutigen Abends ist also: Welche Möglichkeiten, Friedensprozesse in Gang zu setzen oder zu unterstützen gibt es für Staaten, internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen? Wie kann dabei sicher gestellt werden, dass nicht mehr Schaden als Nutzen angerichtet wird?

Ich möchte mit einem konkreten Beispiel beginnen. In Kenia kam es nach den Präsidentschaftswahlen Ende Dezember 2007 zu gewaltsamen Unruhen, die schnell den Charakter ethnischer Auseinandersetzungen annahmen, weil der Wahlsieger Kibaki und sein stärkster Konkurrent Odinga verschiedenen kenianischen Ethnien angehörten. Es war nicht das erste Mal in der Geschichte Kenias, dass Konflikte in gewaltsame ethnische Auseinandersetzungen umschlugen. Es gab aber auch immer wieder Menschen im Land, die sich – teilweise mit Unterstützung von außen – erfolgreich für eine friedliche Austragung politischer oder wirtschaftlicher Konflikte einsetzten. Daher schien eine gezielte Verstärkung dieser Unterstützung sinnvoll.

1 <http://www.toedlichehilfe.de/>, eingesehen am 1.11.2009

Mehrere afrikanische Politiker versuchten zunächst erfolglos, zwischen den verfeindeten Parteien zu vermitteln. Schließlich waren beide Seiten immerhin bereit, den ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan, der aus Ghana stammt, als Vermittler zu akzeptieren. Daher reiste er mit etwa vierzig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach Kenia. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier bot ihm umgehend Hilfe an, er solle einfach sagen, was er brauche. Das tat Kofi Annan dann auch, aber sein Wunsch schien zunächst seltsam: Er bat um Entsendung eines möglichst hochrangigen deutschen Politikers nach Kenia, der den beiden Kontrahenten erklären sollte, wie die Teilung der Macht zwischen zwei fast gleich starken Parteien in Deutschland funktioniert. Denn in Kenia wurde bis dahin Macht und Einfluss auch bei knappen Wahlergebnissen nach dem Prinzip „the winner takes it all“ verteilt. Also reiste der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, nach Kenia und erklärte Kibaki und Odinga die Grundprinzipien der schwarz-roten Regierung². Kofi Annans Vorschlag, eine Große Koalition nach europäischem Vorbild zu bilden, hatte Erfolg. So kam es Anfang April 2008 in Kenia zu einer Verfassungsänderung und der Bildung der ersten Großen Koalition in Afrika.

Die Kirchen engagierten sich in einem interreligiösen Forum für den Frieden und organisierten darüber hinaus persönliche Begegnungen zwischen leitenden Kirchenvertretern/innen, die unterschiedlichen Volksgruppen angehören. An die 25 Bischöfe verschiedener Konfessionen, die den Volksgruppen der Kalenjin wie auch der Kikuyu angehörten, nahmen daran teil. Zum interreligiösen Forum gehören Vertreter/innen der katholischen Kirche, protestantischer und evangelikaler Kirchen, afrikanischer unabhängiger Kirchen und Adventistenkirchen sowie der muslimischen und der hinduistischen Gemeinschaft³. Angesichts der Krise konzentrierte das Forum sich in seiner Arbeit auf die Unterstützung politischer Vermittlungsbemühungen, die Bereitstellung von Nothilfe, die Koordinierung einer landesweiten Gebetsbewegung und die Zusammenarbeit mit den Medien, um immer wieder Friedensbotschaften zu verbreiten.

Dazu kamen dann zahlreiche Basisinitiativen. Ein besonders hübsches Beispiel für Graswurzelfriedensarbeit von kenianischen Frauen habe ich in einem Bericht der Deutschen Welle gefunden, die mit kenianischen JournalistInnen einen Workshop über konfliktsensitiven Journalismus durchgeführt hat⁴. Eine der Teilnehmerinnen des Workshops erstellte einen Bericht über ein Frauenfriedensprojekt, die „Kibera Women for Peace and Fairness“. Diese Gruppe, die sich für ein friedliches Zusammenleben der Menschen in Kenia einsetzt, hatte Probleme, Versammlungen und Kundgebungen genehmigt zu bekommen. Also gründete sie einen Sportverein: den „Grandmothers Football Club“. Was ist harmloser als Fußball spielende Großmütter? Außerdem macht es neugierig, viele Menschen kommen, wenn ein solches Fußballspiel angekündigt wird. Und wenn dann genug Publikum da ist, hören die Großmütter auf zu spielen und reden mit den Menschen über Frieden. Dass Frauen in Kenia eine wichtige Rolle spielen, ist übrigens nichts Neues, es sei nur an die kenianische Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai und ihr überwiegend von Frauen getragenes „Green Belt Movement“ erinnert.

Ein solches Beispiel passt auch gut zur Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates vom 31.10.2000, in der darauf hingewiesen wird, „welche wichtige Rolle Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten

2 <http://www.gernot-erler.de/cms/upload/Texte/Kenia08.pdf>, eingesehen am 1.11.2009

3 <http://gewaltueberwinden.org/de/news-events/nachrichten/dov-nachrichten/article/5732/kirchen-in-kenia-leisten-1.html>, eingesehen am 1.11.2009

4 Deutsche Welle: weltzeit 05_2009

und bei der Friedenskonsolidierung zukommt“ und die Mitgliedsstaaten nachdrücklich dazu aufgefordert werden, „dafür zu sorgen, dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind.“⁵

Ich frage mich manchmal, was 1994 in Ruanda passiert wäre, wenn die internationale Gemeinschaft nicht jahrelang untätig geblieben wäre, weil UN-Truppen vor Ort waren, sondern genauso intensiv und auf allen Ebenen wie Anfang 2008 in Kenia diejenigen im Lande unterstützt hätte, die der Gewalteskalation etwas entgegen setzen wollten. Ruanda wird immer wieder als Begründung dafür herangezogen, dass wir als „letztes Mittel“ gegen Völkermord weltweit einsetzbare Militärverbände brauchen. Aber hat es damals nicht viel mehr an den „ersten Mitteln“ gefehlt, die eine Gewalteskalation hätten verhindern können?

Die Situation in Kenia bleibt angespannt, die Unterstützung der Friedenskräfte in Kenia von außen geht daher weiter, auch von deutscher Seite. So gibt es in Kenia ein ZFD-Programm des DED unter dem Titel „Förderung des Versöhnungsprozesses in Kenia nach den Parlaments- und Präsidentenwahlen“ mit zwei Fachkräften sowie einer Koordinatorenstelle. Durch dieses Programm werden zwei lokale Organisationen unterstützt. Die eine (Media Council of Kenya) beobachtet die Einhaltung von ethischen Standards in den kenianischen Medien unter besonderer Berücksichtigung von konfliktvermeidender bzw. -verschärfender Berichterstattung. Die andere (Kituo Cha Seria bzw. (Legal Aid Centre)) befasst sich mit der Reintegration von Binnenflüchtlingsen⁶.

Nun noch einmal der Fokus auf Deutschland und die EU: Unser heutiges Thema ist die Frage, was von staatlicher Seite selber oder durch Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu ZKB geleistet wird. (Diese Informationen finden sich ausführlicher im Informationsblatt „Zivile Konfliktbearbeitung“, das kostenlos beim Bund für Soziale Verteidigung erhältlich ist: <http://www.soziale-verteidigung.de/index.php/Pazifismus-und-Militarkritik/Zivile-Konfliktbearbeitung/detailed-product-flyer.html>.)

Bundesregierung:

- Ziviler Friedensdienst
- die Förderung zivilgesellschaftlicher Friedensprojekte durch das Programm zivik des Instituts für Auslandsbeziehungen e.V.
- Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF)
- Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ vom 11.5.2004

Europäische Ebene:

- Zivile Peacebuilding-Missionen der EU, z.B. die Europäische Polizeimission EUPM in Bosnien und Herzegowina (seit 2003), die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EU-LEX Kosovo, seit 2008) und die Aceh Monitoring Mission (AMM, 2005-2006)
- „Stabilitätsinstrument“ seit 2007: Maßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sowie Maßnahmen zur finanziellen, wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mit Drittlän-

5 <http://www.frauensicherheitsrat.de/1325.html>, eingesehen am 1.11.2009

6 http://zfd.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,10662/ticket,g_u_e_s_t/~Kenia.html, eingesehen am 1.11.2009

den, die folgenden Fokus haben: Notsituationen, Krisen oder sich abzeichnende Krisen, Situationen, die eine Bedrohung der Demokratie, von Recht und Ordnung, des Schutzes der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder der Sicherheit und des Schutzes von Einzelpersonen darstellen, oder Situationen, die in einen bewaffneten Konflikt zu eskalieren drohen oder das betreffende Drittland oder die betreffenden Drittländer erheblich destabilisieren könnten

- Im Rahmen des Stabilitätsinstruments: „Peace Building Partnership“ - Gelder für zivilgesellschaftliche Gruppen
- OSZE als europäisches Erfolgsmodell.

Für den erfolgreichen Friedensprozess in Kenia haben also internationale Organisationen und Regierungsvertreter, zivilgesellschaftliche Organisationen und Basisgruppen zusammen gearbeitet, und die, die von außen versucht haben, die Friedenskräfte im Land zu stützen, haben darauf geachtet, dass ihr Eingreifen nicht als Parteinahme im eskalierten Konflikt wahrgenommen wird und damit die Situation verschlimmert statt sie zu verbessern. Derartige Überlegungen werden in der Entwicklungszusammenarbeit und in der zivilen Konfliktbearbeitung unter dem Stichwort „Do no harm“ diskutiert, einem Begriff, der von der US-Amerikanerin Mary B. Anderson in ihrem gleichnamigen Buch geprägt wurde⁷.

Eine zwischen staatlichen Stellen, Hilfsorganisationen und Friedensorganisationen kontrovers diskutierte Frage ist die, ob die Beendigung offener Gewaltanwendung (oder das Verhindern neuer Gewaltausbrüche) einziges oder auch nur das wichtigste Ziel von ZKB sein darf. In einem „Open letter to peacebuilders“ haben Simon Fisher and Lada Zimina, ein Brite und eine Kasachin, die These aufgestellt, dass erfolgreiches „Peacebuilding“ einer Utopie vom Frieden bedarf, die weit über die Abwesenheit von Gewalt hinaus geht. Hier schließt sich der Kreis: Die von mir eingangs zitierte Definition, dass Frieden ein kontinuierlicher Prozess zur gleichzeitigen Verminderung von Not, Gewalt und Unfreiheit sein muss, muss von uns auch gegenüber staatlichen Stellen immer wieder vertreten werden, auch und gerade, wenn wir konkrete nächste Schritte vorschlagen.

Für diejenigen hier im Saal, die sich für die Perspektive zivilgesellschaftlicher Organisationen interessieren, habe ich auf dem Infoblatt einige deutsche und europäische Netzwerke samt Links auf ihre Webseiten aufgeführt. Nicht zuletzt deswegen, weil der BSV in mehreren dieser Netzwerke aktiv ist.

Vorschläge für nächste Schritte auf EU-Ebene:

- Europäischer Ziviler Friedensdienst (Initiative der EN.CPS in Vorbereitung, Treffen vom 12.-15.10. im Europaparlament, wo „Europe, vote for Peace!“ seine Forderungen inkl. des Vorschlags eines ZFD auf europäischer Ebene präsentieren durfte)
- Initiative im EU-Parlament zum 10. Jahrestag der UN-Resolution 1325 samt Aufforderung an die Mitgliedsstaaten, nationale Aktionspläne zu dieser Resolution zu erstellen

Dieser Text ist die erweiterte schriftliche Fassung des Vortrags in München am 30.10.2009.

⁷ Mary B. Anderson: Do No Harm: How Aid Can Support Peace - or War. Lynne Rienner Publishers, Boulder/London, 1999, 160 S., ISBN 1555878342

Zivile Konfliktbearbeitung: Staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen auf deutscher und auf EU-Ebene

Ute Finckh

Was wird unter dem Begriff Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) verstanden?

- 1) Die Aufgabe, eine Übereinkunft über die Inhalte des Konfliktes zu finden, was i. d. R. durch Verhandlungen geschieht (deutsch "Friedensschaffung" oder "Friedensstiftung", aber vielleicht eindeutiger mit dem englischen Begriff "Peacemaking" bezeichnet).
- 2) Die Aufgabe, Gewalt einzudämmen bzw. zu verhindern und Sicherheit wiederherzustellen ("Peacekeeping", deutsch: "Friedenssicherung")
- 3) Die Aufgabe, die eigentlichen Ursachen wie die Folgen des gewaltsamen Konfliktes zu bearbeiten ("Peacebuilding", manchmal im Deutschen als "Friedenskonsolidierung" übersetzt).

"Zivil" bedeutet in diesem Zusammenhang immer "nicht militärisch". Egal, ob die handelnden Personen VertreterInnen staatlicher oder "zivilgesellschaftlicher" Organisationen sind.

Beispiele für Aktivitäten der ZKB:

- Zivile Beobachtungsmissionen, die z.B. die Einhaltung eines Waffenstillstandes überwachen
- Unbewaffneter Begleitschutz für MenschenrechtsaktivistInnen
- Humanitäre Hilfe für Kriegs Betroffene, angefangen bei unmittelbarer Überlebenshilfe
- Abrüstungs- und Rüstungskontrollaktivitäten aller Art
- Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von ehemaligen Soldaten ("DDR")
- Minenräumung
- "konfliktsensitive" Wiederaufbauhilfe
- Hilfe für Traumatisierte
- Aufarbeitung des geschehenen Unrechts
- Förderung einer "Kultur des Friedens"

Eine umfassende Übersicht hierzu bietet die Studie „Erfolgreich gewaltfrei“, die unter <http://www.ifa.de/foerderprogramme/zivik/erfolgreich-gewaltfrei/> im Internet verfügbar ist.

"Zivil-militärische Zusammenarbeit" hat nichts mit ZKB zu tun, sondern bezeichnet entweder die Übernahme eindeutig ziviler Aufgaben unabhängig von Krieg oder Bürgerkrieg durch Militär, weil keine ausreichenden zivilen Kapazitäten zur Verfügung stehen (z.B. im Katastrophenschutz) oder verschiedene Spielarten der Vermischung ziviler und militärischer Aktivitäten bei internationalen Militäreinsätzen. Das ist ein eigenes Thema.

In welcher Form befasst sich die Bundesregierung mit ZKB?

Aus dem Bundeshaushalt finanziert bzw. von Ministerien und Bundesbehörden organisiert werden bilaterale Projekte aus diversen Haushaltstiteln des BMZ und des AA. Besonders zu nennen sind hier der Zivile Friedensdienst, die Förderung zivilgesellschaftlicher Friedensprojekte durch das Programm zivik (zivile Kon-

fliktbearbeitung) des Instituts für Auslandsbeziehungen e.V. (<http://www.ifa.de/foerderprogramme/zivik/warum-zivik/>) und das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF, <http://www.zifberlin.org/>). Dazu kommen Maßnahmen diverser Unterorganisationen der Vereinten Nationen (UNDP, UNICEF, UNRWA, UNODC, UN Peacebuilding Commission), der OSZE, des IRK, internationale Gerichtshöfe und der klassische Rüstungskontrollbereich (sowohl ABC-Waffen als auch konventionelle Systeme).

Vgl. hierzu den im Jahr 2004 von der Bundesregierung verabschiedeten Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ (<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Krisenpraevention/Downloads/Aktionsplan-De.pdf>) und die alle zwei Jahre dem Bundestag vorgelegten „Umsetzungsberichte“ (ebenfalls beim AA herunterzuladen). Zwei Gremien wurden mit Verabschiedung des Aktionsplans eingerichtet: Der sogenannte Ressortkreis, ein Koordinierungsgremium, dem Vertreter aller Ressorts (d.h. der Bundesministerien und obersten Bundesbehörden) angehören und das vom Beauftragten für Zivile Krisenprävention des Auswärtigen Amtes geleitet wird und ein Beirat aus ca. 20 Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft, nichtstaatlicher Organisationen, der Kirchen und politischen Stiftungen sowie Einzelpersonlichkeiten.

Welche offiziellen Strukturen für Aufgaben der ZKB gibt es auf EU-Ebene?

Die Europäische Union (EU) engagiert sich im Rahmen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowohl mit Militäreinsätzen als auch zivil. Zum zivilen Engagement der EU gehören insbesondere Humanitäre Hilfe, Rettungsdienste, Minenräumung und Entwaffnung, Entsendung von Polizeikräften, administrative und rechtliche Demokratisierungsunterstützung, Wahl- und Menschenrechtsbeobachtung, Konfliktvermittlung.

Beispiele für zivile Peacebuilding-Missionen der EU sind die Europäische Polizeimission EUPM in Bosnien und Herzegowina (seit 2003), die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX Kosovo, seit 2008) und die Aceh Monitoring Mission (AMM, 2005-2006).

Seit 2007 werden aus dem EU-Haushalt über das sogenannte Stabilitätsinstrument Maßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sowie Maßnahmen zur finanziellen, wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mit Drittländern finanziert, die folgenden Fokus haben: Notsituationen, Krisen oder sich abzeichnende Krisen, Situationen, die eine Bedrohung der Demokratie, von Recht und Ordnung, des Schutzes der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder der Sicherheit und des Schutzes von Einzelpersonen darstellen, oder Situationen, die in einen bewaffneten Konflikt zu eskalieren drohen oder das betreffende Drittland oder die betreffenden Drittländer erheblich destabilisieren könnten. Im Rahmen des Stabilitätsinstrumentes stehen im Rahmen einer „Peace Building Partnership“ auch Gelder für zivilgesellschaftliche Gruppen zur Verfügung.

Welche zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland befassen sich mit ZKB?

Mit ZKB befassen sich zahlreiche Friedensgruppen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Sie haben mehrere Zusammenschlüsse gebildet, an denen zum Teil auch Universitäts- und Forschungsinstitute beteiligt sind, die sich mit Friedens- und Konfliktforschung befassen. Die wichtigsten Zusammenschlüsse sind:

- Das Konsortium Ziviler Friedensdienst, <http://www.ziviler-friedensdienst.org/>. Mitglieder des Konsortiums sind die anerkannten Entwicklungsdienste Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH), Christliche Fachkräfte International (CFI), Deutscher Entwicklungsdienst (DED), EIRENE, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Weltfriedensdienst (WFD) und das Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) sowie der Dachverband Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF).
- Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, <http://www.konfliktbearbeitung.net>. Sie ist ein offenes Netzwerk aus 130 Einzelpersonen und 53 Organisationen, Einrichtungen und Gruppen aus Friedensarbeit, Konfliktbearbeitung/Mediation, Menschenrechtsarbeit, humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Wissenschaft.
- Die Kooperation für den Frieden, <http://www.koop-frieden.de/>. Sie ist ein Zusammenschluss von ca. 50 Organisationen der Friedensbewegung.

Und welche zivilgesellschaftlichen Strukturen gibt es auf EU-Ebene?

Es gibt eine Reihe internationaler Friedensorganisationen, die über Unterstrukturen auf europäischer Ebene verfügen. Beispiele hierfür sind der Quaker Council for European Affairs oder die Nonviolent Peaceforce Europe. Zusätzlich gibt es einige Netzwerke auf europäischer Ebene:

- Das European Peacebuilding Liaison Office (EPLO), <http://www.eplo.org/>. Die 25 Mitglieder von EPLO sind Organisationen, Netzwerke und Friedensforschungsinstitute, die sich gemeinsam bei den Entscheidungsträgern der Europäischen Union für die Förderung einer nachhaltigen, zivilen Friedenspolitik einsetzen wollen.
- Das European Network for Civil Peace Services (EN.CPS), <http://www.en-cps.org/> ist ein Netzwerk von Friedensorganisationen, die auf europäischer Ebene zivile Friedensdienste analog zu bereits bestehenden Fach- und Freiwilligendiensten in einzelnen EU-Staaten verankern wollen. EN.CPS ist Mitgliedsorganisation von EPLO.
- "Europe, Vote for Peace!", <http://www.civilpeace.eu/de>, ist ein im Vorfeld der Europawahlen 2009 entstandener lockerer Zusammenschluss von Friedensorganisationen aus EU-Ländern, die das Ziel verfolgen, eine Stärkung der zivilen Methoden der Konfliktbearbeitung durch die EU zu erreichen. Die Arbeit dieser Initiative konzentriert sich derzeit auf Öffentlichkeitsarbeit und die Ansprache von EU-Parlamentariern.

Dieser Text ist die Dokumentation des Handouts zur Veranstaltung am 30.10.2009 in München.

Friedenspolitische Forderungen der Zivilgesellschaft

„Ziel der Union ist es, den Frieden zu fördern.“¹

Friedenspolitische Forderungen zur Europawahl 2009

Im Vorlauf der Europawahlen 2009 haben zivilgesellschaftliche Organisationen aus den Bereichen Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung aus zehn EU-Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Position beschlossen. Vereint setzen sich unsere Organisationen für effizientere, nachhaltigere und weniger kostspielige Ansätze zur Bewältigung von internationalen Konflikten und Krisen ein. Die Europäische Union hat heute das Potential, einen wichtigen Beitrag zu einer friedlicheren Welt zu leisten.

Politische Entscheidungsprozesse mit direkten Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger Europas sollten transparent und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft stattfinden. In Zeiten der Globalisierung gilt dies auch für die GASP und andere auswärtige Politikfelder. Wir begrüßen daher eine stärkere Rolle des Europäischen Parlaments als demokratisch gewählte EU-Institution.

Im Hinblick auf internationale Konflikte sehen wir die besondere Stärke der Europäischen Union in einem präventiven und zivilen Ansatz. Um Krisen zu verhindern und Konflikte friedlich zu bearbeiten und zu lösen, bedarf es einer entsprechenden Infrastruktur, besserer Koordination und innovativer Instrumente.

Unsere konkreten Forderungen zum Ausbau der Instrumente zur Friedensförderung und zivilen Konfliktbearbeitung:

- Peacebuilding Abteilung (Department/Directorate)

Investitionen in den weiteren Ausbau ziviler Kapazitäten der Konfliktbearbeitung sollten eindeutigen Vorrang haben. In diesem Sinne empfehlen wir die fortlaufenden institutionellen Reformen der EU für den Auf- und Ausbau der Infrastruktur für eine zivile Friedenspolitik zu nutzen. In Anlehnung an frühere Forderungen zivilgesellschaftlicher Organisationen nach einer Europäischen Peacebuilding-Agentur als Gegenpart zur Europäischen Verteidigungsagentur, schlagen wir vor, dass zumindest eine Peacebuilding Abteilung (Department/Directorate) eingerichtet wird. Somit würde innerhalb der für auswärtige Politikbereiche zuständigen Organe ein Ort geschaffen, um die Koordination zwischen allen relevanten Akteuren zu verbessern und die Strategieplanung und Weiterentwicklung ziviler Kapazitäten zu befördern.

- Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen

Die wichtigen Beiträge, welche lokale und internationale Non-Profit-Organisationen zur Friedensförderung und Krisenprävention leisten, sollten stärker anerkannt und innerhalb des institutionellen Rahmens der EU unterstützt werden. Aufbauend auf die vor kurzem gestartete Peacebuilding Partnership der Europäischen Kommission und aktuelle ad-hoc Konsultationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen durch den Rat der EU, empfehlen wir den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wei-

1 „Ziel der Union ist es, Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“ (Artikel 1.4 Vertrags von Lissabon).

ter zu institutionalisieren und einen Mechanismus zu schaffen, der regelmäßig Vertreterinnen und Vertreter aller relevanten Akteure zusammenbringt.

- Europäischer Ziviler Friedensdienst

Das Ansehen und die Effizienz der EU als ein globaler Friedensakteur würde von der institutionellen Unterstützung eines **European Civil Peace Service** (ECPS) Programms profitieren. Durch ein solches ECPS-Programm würden auch Teile früherer Beschlüsse des Europaparlaments zu einem **European Civil Peace Corps** (ECPC) erfüllt. Ein ECPS-Programm würde einen Mechanismus für zertifizierte zivilgesellschaftliche Organisationen darstellen, um qualifizierte Friedensfachkräfte und Friedensteams in Konfliktregionen zu entsenden, mit dem Ziel die Zivilgesellschaft dort mit gewaltfreien Mitteln zu unterstützen und zu schützen und dadurch Dialog und Versöhnung zu fördern.

Dies ist ein Forderungspapier europäischer Nichtregierungsorganisationen. Es wurde europaweit von mehreren tausend Einzelpersonen und über 100 Organisationen unterzeichnet. Einen ausführlicheren Forderungskatalog, weitere Informationen zur Kampagne 'Europe, Vote for Peace!' sowie eine Online-Unterschriftenliste finden Sie auf der Internetseite: www.civilpeace.eu.

Europäische Friedensorganisationen

The European Network for Civil Peace Services (EN.CPS)

EN.CPS ist keine juristische Person als solche, sondern ein internationales Netzwerk von Organisationen, die für zivile Alternativen der Konfliktbekämpfung werben. Während der letzten zwei Jahre wurde eine strukturelle Stärkung des Netzwerkes notwendig, um einflussreicher auf der europäischen Bühne auftreten zu können. Zu diesem Zweck wurde eine Eigendarstellung geschrieben und auf dem Jahrestreffen 2003 in Graz verabschiedet:

Das Europäische Netzwerk für zivile Friedensdienste (EN.CPS) ist ein internationales Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen (NROs) mit dem gemeinsamen Ziel, zivile Friedensdienste als ein Instrument der gewaltfreien Konflikttransformation zu fördern, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Dies geschieht durch multinationale Zusammenarbeit von Organisationen, die tätig sind in der Forschung, im Informationsaustausch und -verbreitung, im Lobbying (bei nationalen und europäischen Institutionen) und in der Förderung des Problembewusstseins, sowie in der Anwerbung neuer Mitglieder, in der Ausbildung und in der Entsendung von qualifizierten zivilen Fachkräften/Freiwilligen. CPS umfasst langfristigen Friedensaufbau wie auch mittel- bis langfristige zivile (nicht-militärische) Konfliktintervention und -prävention. Das EN.CPS unterstützt unparteiisch Konfliktparteien, welche Hilfe suchen, um gewaltsame Konflikte gewaltfrei zu lösen.

Indem es den Aufbau und den Gebrauch von zivilen Friedensdiensten fördert, arbeiten das EN.CPS und seine Mitgliedsorganisationen in pragmatischer und konstruktiver Weise für eine Kultur des Friedens, für einen Dialog zwischen Völkern, Religionen und Individuen, für die Unterstützung von Demokratie und den Respekt der Menschenrechte.

www.en-cps.org

European Peacebuilding Liaison Office (EPLO)

EPLO ist die Plattform europäischer NROs, NRO-Netzwerke und Think Tanks, die im Bereich der Friedensförderung aktiv sind und sich gemeinsam bei den Entscheidungsträgern der Europäischen Union für die Förderung einer nachhaltigen, zivilen Friedenspolitik einsetzen.

Es ist EPLOs Ziel, die EU zur Förderung und Umsetzung von friedensfördernden Maßnahmen zu veranlassen, die zu nachhaltigem Frieden zwischen Staaten und innerhalb von Staaten und Völkern führen und auf eine gewaltfreie Transformation und Lösung von Konflikten abzielen. EPLO möchte erreichen, dass die EU den entscheidenden Zusammenhang zwischen Friedensförderung, Beendigung von Armut und nachhaltiger Entwicklung weltweit anerkennt. Auch sollte die EU zur Kenntnis nehmen, dass das Mitwirken von NROs unerlässlich ist, um die Bemühungen der Union um Friedensförderung, Konfliktverhütung und Krisenmanagement nachhaltig zu gestalten.

EPLO vertritt die Interessen seiner Mitglieder, indem es gemeinsame Positionen formuliert und diese nach außen hin vertritt. EPLO versorgt seine Mitglieder mit Informationsmaterial und bringt ihnen die relevanten EU-Politiken näher. Das Büro schafft Solidarität und Kooperation zwischen den Mitgliedern und mit anderen relevanten NRO-Netzwerken. Schliesslich schärft EPLO das Bewusstsein dafür, dass die EU ihren Beitrag zur Friedensförderung leisten sollte, und mahnt sie zur Einhaltung ihrer selbst eingegangenen politischen Verpflichtung, bei der Sicherung des Friedens innerhalb und ausserhalb ihrer Grenzen zu helfen.

www.eplo.org

Nonviolent Peaceforce (NP)

Was ist die Nonviolent Peaceforce?

Die Nonviolent Peaceforce (NP) ist ein internationaler, unbewaffneter, ziviler Friedensverband, der in Krisengebieten weltweit arbeitet. Die professionellen NP-Friedensfachkräfte kooperieren bei ihren Einsätzen eng mit lokalen Partnerorganisationen. Sie wenden bewährte gewaltfreie Mittel an, um Menschenrechte zu schützen, Gewalt zu verhindern und lokale FriedensakteurInnen zu unterstützen.

Dazu gehören - je nach Situation – folgende Strategien:

- schützende Begleitung örtlicher AkteurInnen, besonders Menschenrechts- und FriedensaktivistInnen
- aufmerksame Präsenz zum Schutz bedrohter Gruppen und Gemeinschaften
- Beobachtung von Waffenstillständen, Demonstrationen und anderen prekären Situationen
- Stärkung der lokalen Kräfte, die in einen Dialog mit den Konfliktparteien treten wollen
- Beratung lokaler PolitikerInnen, Behörden und zivilgesellschaftlicher Gruppen über notwendige Maßnahmen
- in Krisenzeiten und deren Vernetzung untereinander und mit internationalen AkteurInnen
- Bereitstellung sicherer Treffpunkte, um Konfliktparteien zusammenzuführen.

Die Idee für diese Nichtregierungsorganisation (NGO) entstand 1999 beim Haager Friedensappell und wurde 2002 auf der Gründungsversammlung in Indien umgesetzt. Das internationale NP-Netzwerk umfasst etwa 70 Mitgliedsorganisationen aus allen Kontinenten. Seine Finanzierung kommt aus Spenden von Individuen, religiösen Gruppen und Stiftungen sowie von Regierungen, unabhängigen Hilfsorganisationen und UN-Agenturen.

Die Nonviolent Peaceforce

- entsendet internationale, professionelle, zivile Friedensfachkräfte in Krisengebiete auf Einladung lokaler Partnerorganisationen mit dem Ziel, Friedenserhaltung in großem Maßstab anzubieten
- schafft die Voraussetzungen für diese Einsätze durch Trainings, Konfliktanalysen, Rekrutierung von Fachkräften und die Erfassung verfügbarer Experten weltweit
- betreibt Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit, um dem Konzept einer gewaltfreien, zivilen Intervention zu weltweiter Unterstützung zu verhelfen und eine globale Kultur des Friedens zu fördern.

Die NP begann ihren ersten Einsatz im Sommer 2003 in Sri Lanka auf Einladung dortiger Friedensgruppen. Auch nach dem formal beendeten Bürgerkrieg unterstützt die NP weiterhin die örtliche Zivilgesellschaft, insbesondere im Osten und Norden des Landes sowie in der Hauptstadt Colombo. Denn die Konfliktsachen bestehen weiter.

Im Frühjahr 2007 begann die NP mit der Entsendung von Friedensfachkräften nach Mindanao/Philippinen. Diese unterstützen dort die Friedensinitiativen der lokalen Zivilgesellschaft in einem äußerst komplexen Bürgerkrieg. Der Einsatz wird inzwischen von mehreren europäischen Regierungen und der Europäischen Kommission gefördert und konnte dadurch auf mehr als 30 Mitarbeiter ausgeweitet werden.

Im April 2007 entsandte die NP kurzfristig ein dreiköpfiges Team nach Guatemala, um vor der dortigen Präsidentenwahl örtliche MenschenrechtsaktivistInnen zu begleiten, die bedroht wurden. Dieses Programm wurde im Februar 2008 erfolgreich beendet. Zurzeit plant die NP Einsätze im südlichen Sudan sowie im südlichen Kaukasus.

Im Rahmen ihrer Lobbyarbeit konzentriert sich das US-Büro der NP auf die Vereinten Nationen, während das Brüsseler Büro die EU-Kommission und das EU-Parlament zu einer noch stärkeren Förderung Ziviler Friedensdienste und ziviler Interventionen in Konfliktgebieten drängt.

Aktive der beiden deutschen NP-Mitgliedsorganisationen Bund für Soziale Verteidigung (BSV) und Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) haben sich 2003 zur AG Nonviolent Peaceforce Deutschland zusammen geschlossen. Sie orga-

nisieren Vorträge, bieten eine Ausstellung und Informationsmaterial an und haben Straßentheaterszenen über Gewaltfreiheit entwickelt. Mehr Informationen gibt es auf www.nonviolentpeaceforce.de.

Quaker Council for European Affairs (QCEA)

Quaker Council for European Affairs (Quäker-Rat für Europäische Angelegenheiten, QCEA) wurde 1979 gegründet, um die Werte der Religiösen Gemeinschaft der Freunde (Quäker) auf der europäischen Ebene zu fördern. QCEA hat seinen Sitz in Brüssel und ist eine internationale gemeinnützige Organisation nach belgischem Recht.

Wir sehen eine Chance, dass Europa eine friedliche, mitfühlende, offene und gerechte Gesellschaft wird, die ihren moralischen Einfluss nutzt, um andere Länder und Völker zu ermutigen, die selben Ziele zu verfolgen. Wir erwarten, dass Europa eine Gemeinschaft von Völkern wird, die sich Individuen und anderen Gemeinschaften gegenüber so verhält, wie wir es von anderen uns gegenüber erwarten. Deshalb sind Menschenrechte zentral für unsere Arbeit.

Wir gehen vom Prinzip des Respekts für jeden aus, einschließlich derer, deren Meinung wir überhaupt nicht teilen. Deshalb versuchen wir zu sichern, dass die Mittel die wir nutzen, um unsere Ziele zu erreichen mit diesen Zielen übereinstimmen und sie auch abbilden. Der Weg ist Teil des Ziels.

Unsere Arbeit: Die Arbeit von QCEA drückt die Quäker-Sichtweise in den Belangen von Frieden, Menschenrechten und ökonomischer Gerechtigkeit auf der europäischen Ebene aus. Sie können sich mit unserem regelmäßigen E-Mail-Verteiler über die Arbeit von QCEA auf dem Laufenden halten.

Unsere Vision: Wir sehen eine Chance, dass Europa eine friedliche, mitfühlende, offene und gerechte Gesellschaft wird, die ihren moralischen Einfluss nutzt, um andere Länder und Völker zu ermutigen, die selben Ziele zu verfolgen.

Das Quäker-Haus: Das Quäker-Haus in Brüssel, ein architektonisch herausragendes Gebäude, beherbergt die Büros von QCEA. Es hat Seminarräume für Konferenzen und informelle Zusammenkünfte, die Organisationen für öffentliche und geschlossene Treffen zur Verfügung stehen.

Europe, vote for Peace!

Vorrang für Zivil in der Europäischen Union

Vom 4. bis 7. Juni 2009 fanden in den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Rund 375 Millionen Wähler wurden bei der größten transnationalen Wahl der Geschichte dazu aufgerufen, ihre Vertreter für die europäische Ebene zu wählen. Diese Parlamentarier werden während der kommenden fünf Jahre bei der Gestaltung der Zukunft der Union eine bedeutende Rolle spielen.

Unter dem Motto **"Europe, Vote for Peace!"** haben sich Nichtregierungsorganisation aus 10 europäischen Ländern zusammengeschlossen, mit dem Ziel, eine Stärkung der zivilen Methoden der Konfliktbearbeitung durch die EU zu erreichen. In Deutschland sind das Forum Ziviler Friedensdienst (*forumZFD*) und der Bund für soziale Verteidigung (BSV) die Initiatoren. In Österreich sind die Österreichischen Zivilen Friedensdienste (ÖFD) Partner der Kampagne.

In einem ersten Schritt wollen wir die europäische Öffentlichkeit und die Parlamentarier für unsere Forderungen gewinnen. Bis zum 30. September 2009 können interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen unsere friedenspolitischen Forderungen unterzeichnen. Im Oktober werden diese Unterschriften zusammen mit unseren Forderungen im Rahmen einer Veranstaltung den Parlamentariern überreicht.

In der nächsten Legislaturperiode (2009 - 2014) des Europäischen Parlaments wollen wir die Forderungen durchsetzen.